Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mäzenatentum im Spannungsfeld zwischen Künstler und Umwelt

Neue Herausforderungen durch die Zukunft

Weder rationale Untersuchungen von Futurologen noch irrationale Erkenntnisse von Propheten können uns heute verlässliche Auskünfte über zukünftige Perspektiven der menschlichen Gesellschaft vermitteln. Immerhin bestehen in der Zukunftsdeutung verschiedene Szenarien, welche mögliche Entwicklungen zeigen und die Spekulation über die Welt von morgen beleben. So gibt es einerseits Optimisten, die in einer sozialpolitischen Weltrevolution den langfristigen Weg zu einer gerechteren Gesellschaft in einem irdischen Paradies erkennen. Anderseits sehen Pessimisten ein Menetekel, das in apokalyptischer Weise den Weltuntergang im Rahmen einer nuklearen kriegerischen Auseinandersetzung voraussagt. Wer in realistischen Dimensionen denkt, darf wohl annehmen, dass sich die jetzigen Zustände in evolutionärer Tendenz fortsetzen und bisherige Akzente sich verstärken werden. So wird die technische Entwicklung zweifellos weitergehen und zu einer eigentlichen Informationsgesellschaft führen, in der elektronische Datenverarbeitung, umfassende Telekommunikation und technische Automation dominieren dürften. Dies würde die Vorherrschaft der exakten Wissenschaften mit ihren logisch-mathematischen Denkmustern noch verstärken, könnte aber gleichzeitig eine emotionale Gegenbewegung irrational-kreativer Kräfte hervorrufen. Im weitern ist damit zu rechnen, dass die kollektivistischen Tendenzen zur Verstädterung wegen des Demonstrationseffektes in den Medien kaum aufhaltbar sind. Als Folge solcher Flucht aus dem ländlich überschaubaren Bereich wird die Existenz in Grossorganisationen mit der damit verbundenen Uniformierung des Lebensstils zunehmen. Die Zahl der nur domizilierten Menschen dürfte wegen dieser Entwurzelung ansteigen, wenn es nicht gelingt, in dezentralisierten Teilorganismen ein neues Heimatgefühl zu schaffen. Schliesslich muss auch angenommen werden, dass der weltanschauliche Umbruch anhält und dadurch im geistigen Bereich der Hang zur totalen Gedankenfreiheit noch zunimmt. Als Folge solch pluralistischer Perspektiven werden die Wegweiserfunktionen von Kirche und Schule kaum an Bedeutung gewinnen und so die Daseinsorientierung wenig erleichtern.

Humane Kraft der Einzelpersönlichkeit

Wer sich gegen extreme Technisierung, anonyme Vermassung und weltanschauliche Orientierungslosigkeit weh-

ren will, darf den Glauben an die humane Kraft der Einzelpersönlichkeit nicht aufgeben. Umwälzende technologische Erfindungen, uferlos sich ausbreitende Kollektive und geistige Manipulierung durch Massenmedien engen den individuellen Spielraum ein und führen auf den Weg zur hörigen Gesellschaft. Trotz dieser gefährlichen Entwicklung besteht kein Grund zu hoffnungslosem Kulturpessimismus, denn nach wie vor bilden zahlreiche Künstler einen starken Rückhalt für einzelmenschliche Entfaltung. Noch schleudert Friedrich Dürrenmatt vom Hochsitz über dem Neuenburgersee seine eigenwilligen Gedankenblitze in die schiefbucklige Welt; noch baut Bernhard Luginbühl im urtümlichen Bauernhaus in Mötschwil kraftvolle Mammutgebilde, die jeder modernistischen Erosion standhalten, und noch gestaltet Max Bill in seinem architektonischen Atelier in Zumikon glasklare Werke, die von unverwechselbarer Qualitätsarbeit zeugen. Die Reihe dieser Künstlerpersönlichkeiten unseres Landes könnte beliebig verlängert werden und ergäbe einen Fundus von singulären menschlichen Figuren, angesiedelt im Zürcher Weinland, im Mendrisiotto, im Unterengadin, im Gros du Vaud, aber auch in der Kunstszene New York von Harlem bis zur Wall Street. Allerdings können als diese Vertreter der musischen, bildenden und technoiden Künste nicht als Säulenheilige existieren, sondern bedürfen der Unterstützung durch die Umwelt.

Künstler und Umwelt

Die Künstler haben seit jeher zwei Aufgaben wahrgenommen, nämlich Schönheit zu preisen und Wahrheit zu verkünden. Diese Doppelaufgabe hat einerseits einen tröstlichen und anderseits einen schockierenden Charakter. Die künstlerische Botschaft richtet sich dabei immer an ein Publikum, auf dessen Echo der Kunstschaffende angewiesen ist. Die Beziehung zwischen Künstler und Umwelt entwickelt sich in solchem Zusammenhang meist nur mit grossen Schwierigkeiten, denn beide Partner beurteilen die Welt aus verschiedenartigen Blickwinkeln und haben deshalb Mühe, den Dialog aufzunehmen. So ist der Künstler eher zukunftsorientiert und sucht das Abenteuer des Neuartigen. Das Publikum bleibt traditionsbewusster und fühlt sich dem routinierten Alltag der Gegenwart verpflichtet. Künstler lieben die Unabhängigkeit und bewegen sich oft im schrankenlosen Raum totaler Freiheit. Der Bürger steht zur Ordnung und betrachtet jeden Ausbruch aus der Gewohnheit mit skeptischem Misstrauen. Künstler sind Fantasten, die in ihrem Ideenreichtum übersprudeln und die einengende Kontrolle des Verstandes sprengen. Die breite Masse des Kunstpublikums bleibt einfallsarm und kann den verrückten Ideen des Künstlers wenig abgewinnen. Aus all diesen Gründen entsteht ein Spannungsfeld zwischen Künstler und Umwelt, das nicht leicht zu überbrücken ist.

Künstler und Bürger sollten diesen bipolaren Zustand nicht umgehen oder gar abbauen. Ein Dasein in reiner Harmonie, ohne Auseinandersetzung zwischen gegensätzlichen Standpunkten, wäre eintönig und farblos. Wer ein solches Spannungsfeld fruchtbar machen will, braucht Vermittler zwischen Künstler und Bürger. In dieser Rolle versuchen sich zum Teil Kunstkritiker,

die aber mit ihrem analytischen Sinn für Beurteilung den Künstler verstimmen können und dadurch den Dialog erschweren. Auch der Kunsthistoriker bewegt sich im Beziehungsraum zwischen Künstler und Umwelt, wo er das Kunstwerk deutend nachzuvollziehen sucht. Die systematische Art des Wissenschafters führt aber oft zu gedankenblassen Theorien, die das breite Publikum nur schwer versteht. Die wirksamste Tätigkeit in diesem Bereich entfaltet der Mäzen. Er ist aus Liebe zum Kunstwerk ein spontaner Botschafter, der sich dem Künstler in helfendem Sinne verbunden fühlt. Der echte Gönner hat meist auch eine bedeutende soziale Funktion, die gesellschaftspolitisch prägt und dadurch den Künstler in indirekter Weise fördert.

Voraussetzungen für Mäzenatentum

Der Begriff Mäzen geht auf einen Freund und Mitarbeiter des römischen Kaisers Augustus zurück, nämlich auf Gaius Maecenas (70–8 v. Chr.), der vor allem die Dichter Vergil, Horaz und Properz in verständnisvoller Weise unterstützte. Das römische Kaiserreich stand damals auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung und entwickelte ausgeprägtes politisches Selbstbewusstsein und wirtschaftliches Wachstum. Beide Voraussetzungen waren notwendig, um nicht nur eine zivilisatorische, sondern auch eine kulturelle Blüte zu ermöglichen. Seither erwächst daraus die Verantwortung der freien und der reichen Gesellschaft, die kulturellen Formen menschlicher Existenz zu fördern und zu pflegen.

Im frühen Mittelalter stand die kulturträchtige Bodenseelandschaft im Einflussbereich der beiden Klosterstaaten Reichenau und St. Gallen. Das Kloster Reichenau, in der weiten Seelandschaft mit den Vulkanbergen des Hegaus im Hintergrund, lud die Mönche des Heiligen Pirmin zu weltoffenen Betrachtungen ein und führte sie zur scholastischen Verbindung von christlichem Gedankengut und antiker Weisheit. Das Kloster St. Gallen, im engen Steinachtal zu Füssen der Appenzeller Voralpen, veranlasste die geistlichen Nachfolger von St. Otmar, ihren Horizont einzuengen und in mystischer Betrachtung das Heil vor allem bei neutestamentlicher Lehre zu suchen. Das Spannungsfeld zwischen äusserem Forschungsdrang und innerer Versenkung bestimmte die weltweite Ausstrahlung dieser europäischen Börse des Geistes. Voraussetzung für solch kulturelle Entfaltung war allerdings die Unterstützung durch zahlreiche Kaiser des karolingischen und des ottonischen Reiches. Sie vermittelten politisches Selbstbewusstsein dadurch, dass Konstanz, Lindau und Ueberlingen u. a. zu freien Reichsstädten erhoben wurden. In dieser Reichsunmittelbarkeit wurzelte die freie politische Entfaltung ausserhalb der sonst so strengen mittelalterlichen Ständeordnung. Gleichzeitig erlaubte die geographische Drehscheibe Bodenseeraum wirtschaftliche Blüte, denn hier kreuzte sich die Nord-Süd-Achse des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation mit der Ost-West-Verbindung der Donaustrasse. Im Umkreis der Fürstbischofsstadt Konstanz, *porta e chiave de Italia e de Germania,* entwickelten sich Handelsgesellschaften, welche dem Hansa-Bund nacheiferten und die silbernen Münzen von Konstanz und das textile Tuch von

Ravensburg weltberühmt machten. Mit der politischen Direktunterstellung unter den Kaiser und der frühkapitalistischen Wirtschaftsblüte waren die mäzenatischen Voraussetzungen für ein einzigartiges kulturelles Schaffen gegeben.

Die Epoche der Reformation und der Entdeckungen brachte allerdings eine schmerzliche Wende im geistigen Wachstum des Bodenseeraums. So misslang die Mittlerrolle, welche das Fürstentum Konstanz mit einigen befreundeten Städten zwischen lutherischer Erneuerung und römisch-katholischer Bewahrung spielen wollte. Am Schluss des theologischen Hin und Her sass Konstanz zwischen Stuhl und Bank und wurde politisch entmachtet, indem es die Reichsfreiheit verlor und sich in den Rang einer provinziellen Stadt zurückgestuft sah. Fast gleichzeitig verlagerten sich wegen der Entdeckung des Seeweges nach Indien die Handelsstrassen aufs offene Meer und leiteten damit den ökonomischen Niedergang bewährter Wirtschaftsräume ein. So geriet auch der Konstanzer Tuchhandel in Konkurs, was zu einer materiellen Verarmung des Bodenseeraumes führte. Als Folge dieses Verlustes von politischer Freiheit und wirtschaftlicher Macht stellte sich auch der kulturelle Niedergang ein und zeigte damit deutlich, welches die notwendigen Voraussetzungen für erfolgreiches Mäzenatentum sind.

Die Kirche als Donator

Die christliche Kultur des Abendlandes erschöpft sich nicht nur im theologischen Bereich, sondern zeigt auch eindrückliche ästhetische Aspekte. So ragen die französischen Kathedralen und die deutschen Münster in vertikaler Symbolik hoch über die profanen Bauten hinaus. Sie demonstrieren damit eine ideelle Grundhaltung, die durch die eindeutige Jenseitsorientierung zu beeindrucken vermag. Aus der einheitlichen Grundhaltung des Mittelalters *«soli deo gloria»* oder des Barocks *«Gott loben mit frommem Herzen und fröhlichem Gemüt»* entstehen Gesamtkunstwerke mit unwiederbringlichem kulturellem Wert. Wenn Architekt, Maler, Bildhauer und Musiker aus dem gleichen Geist heraus gestalten, entstehen Synergieeffekte, die zu weit überdurchschnittlichen Ergebnissen führen. Wer die vier Pilgerwege nach Santiago di Compostela bereist, kann nach jeder Tagesetappe religiöse Kunstwerke bewundern, die handfestes Zeugnis davon ablegen, dass die Kirche selbst im religiösen Tourismus ihre mäzenatische Aufgabe wahrnahm.

Seit der Französischen Revolution hat die Kirche an Bedeutung verloren und ist leider zunehmend von einer materialistisch orientierten Gesellschaft getragen. Diese mangelnde Ausrichtung auf geistige Dimensionen schwächt die kulturelle Zielsetzung und steigert die Inflation zivilisatorischer Wünsche. Aus diesen Gründen wendet sich der Künstler heute weit weniger religiösen Themen zu als früher; gleichzeitig ist aber auch die Zahl an künstlerischen Aufträgen durch die Kirchen zurückgegangen. Glücklicherweise gibt es erfreuliche Ausnahmen, welche gegenläufige Tendenzen andeuten. So schuf 1954 der französische Kubist Fernand Léger im jurassischen Courfaivre einen Glasfensterzyklus, der von kraftvoll neuem religiösem Aufbruch zeugt. Die pionierhafte Zusammenarbeit zwischen modernem

Priestertum und gläubigem Künstlerengagement löste in dieser Region eine intensive Zuwendung zu attraktiver Ausgestaltung sakraler Bauten aus. Auf solche Weise ist der Kanton Jura zu einem Mekka für Freunde moderner Kirchenfenster, Skulpturen und Tapisserien geworden.

Der Staat als kultureller Förderer

Der Neuaufbruch in der Renaissance mit der Diesseitsorientierung und der Wiederentdeckung humanistischer Tradition brachte der menschlichen Willenskraft starke Gestaltungsmöglichkeiten. Das Bekenntnis zum Jetzt und Heute, mit der Aufforderung von Lorenzo de Medici *«chi vuol esser lieto, sia, di doman non c'è certezza»*, schuf kreative Freiräume für den neu entdeckten Menschen. Auf diesem geistigen Humus entstanden die stolzen Städterepubliken Italiens, welche sich in einer Art geistigen Wettkampfes auch durch kulturelle Leistungen zu überbieten versuchten. So strebte Siena nach einer siegreichen Schlacht gegen den Erzrivalen Florenz den Bau der umfangreichsten und stolzesten Kirche der Welt an. Die Pest von 1348 raffte den grössten Teil der Bevölkerung dahin und verhinderte damit die Ausführung des ehrgeizigen Plans. Aber noch heute bewundert man dieses unvollendete Kunstwerk und staunt über den vitalen Lebenswillen einer politischen Lebensgemeinschaft. Eine ähnlich überdurchschnittliche Leistung stellt der Palazzo Publico dar, ein Rathaus an einem muschelförmigen Platz, das als singuläres Symbol für die Symbiose von Politik und Kultur bezeichnet werden darf. Einer der originellsten Beiträge findet sich im Innern des Palastes, wo 1340 der Maler Ambrogio Lorenzetti seinen Freskenzyklus zum Thema *«il buon e il cattivo governo»* vollendete. Es gibt bis jetzt kein anschaulicheres Anforderungsprofil für Mitglieder einer politischen Behörde als die allegorische Bilderreihe von sechs guten und sechs schlechten Regenten.

Die Aufklärungsphilosophen brachten uns neue Vorstellungen von idealen politischen Strukturen und zerstörten mit ihrem Schlachtruf *«égalité»* die vertikale Sozialhierarchie, welche tausend Jahre lang das Abendland geprägt hatte. Es entstand damit auch die neue Aufgabe, Kunst und Demokratie in Einklang zu bringen. Gottfried Keller wies einmal zu Recht darauf hin, dass man nicht ungestraft über das Waldesdickicht der Nation hinausragen dürfe. Diese mahnende Botschaft ist vom Künstler schwer zu verstehen, denn er schafft oft titanenhafte Einzelwerke, die selten mit der zum Kompromiss neigenden Grundhaltung des demokratischen Bürgers übereinstimmen. Trotz dieses Zielkonflikts dürfen wir glücklicherweise feststellen, dass Lösungen gefunden werden, wenn geschickte Interpreten zwischen künstlerischem Wollen und bürgerlichem Unverständnis vermitteln. So ist der Ankauf von zwei Picasso-Bildern im Rahmen einer Basler Volksabstimmung ein Beweis, dass der Staat auch heute seine kulturelle Verantwortung wahrnehmen kann.

Die Wirtschaft als Gönner oder Sponsor

Mit dem Erfindergeist und dem Entdeckungswillen des Renaissancemen-

schen entstand auch ein wirtschaftlicher Aufschwung, der sich in einem Netz dichter Handelsbeziehungen abspielte. So hatte Brügge um 1350, die damals reichste Stadt des Kontinents, zahlreiche ausländische Handelshäuser in seinen Mauern. Flämische Tücher und Lederwaren wurden in Lissabon, Genua und Venedig gegen Seide und Geld eingetauscht. Aus den Ländern jenseits der Weichsel brachten die deutschen Hanseaten Pelze und Bernstein in die wohlbefestigte flämische Stadt, in der die Börse als besonders zukunftsträchtiger Handelsplatz begründet worden war. Bankier und Kaufmann, Handwerker und Händler begnügten sich aber nicht mit wirtschaftlicher Tätigkeit, sondern nahmen auch ihre kulturelle Verantwortung wahr. In diesem Zusammenhang entstand eine Schule von flämischen Künstlern, deren Werke in der ganzen Welt Anklang fanden. Der reiche Genter Kaufmann und Bürgermeister Jodocus Vijdt stiftete den Altar der Meister Hubert und Jan van Eyck in der St.-Bavo-Kathedrale. Dieser Flügelaltar, voll glühender Farbenpracht, ist ein kleines Weltwunder und zeugt heute noch davon, dass sich wirtschaftlicher Reichtum nicht in materiellen Bereichen erschöpfen muss.

Seit dem Herbst des Mittelalters in Flandern ist die Spendertradition der wirtschaftlichen Unternehmer nicht mehr abgebrochen. Überall dort, wo ästhetisch sensible Manager wirkten, kamen dank imperativer Führungsstrukturen und finanziellem Rückhalt beachtliche mäzenatische Leistungen zustande. Immer wieder steht dabei der Wirtschaftsführer vor der Grundfrage, ob er als Mäzen oder Sponsor auftreten soll. So werden auf der einen Seite Beträge gespendet, ohne dass die Unternehmung mit ihrer Leistung in Erscheinung treten will. Es handelt sich um uneigennützige Aktivitäten mit echt idealistischer Zielsetzung. Auf der andern Seite stehen Zuwendungen, die mit der Auswertung für eigene Zwecke eng verbunden sind. Der Weg reicht hier von vorgetäuschter Philanthropie über indirekte Imageverbesserung bis zum Einkauf von geschäftlich nutzbringenden Leistungen. Im Zwiespalt zwischen Mäzenatentum und Sponsoring sollte der echte Kulturförderer den Weg der Uneigennützigkeit wählen. Nachahmenswertes Beispiel bleibt der Handelsherr Oskar Reinhart, feinfühliger Maecenas vom Römerholz in Winterthur.

Mäzenatentum – eine immerwährende Aufgabe

Leider gibt es in der heutigen Zeit zu wenig Mäzene, die willens und fähig sind, die wichtige Vermittlerrolle zwischen Künstler und Umwelt zu übernehmen. Wir leben in einer materialistischen Zeit, in der die Bedeutung der Kirche zurückgegangen ist, so dass hier ein traditioneller Anteil des künstlerischen Mäzenatentums wegzufallen droht. Der Staat hat seit der Französischen Revolution demokratische Strukturen, die naturgemäss in der Entscheidungsfindung den Kompromiss erheischen. Dies bedeutet in der künstlerischen Auswahl Arbeit in Kommissionen, die um den kleinsten gemeinschaftlichen Nenner ringen. In solchem Rahmen hat das Aussergewöhnliche in der Kunst möglicherweise Mühe, vor einer staatlichen Instanz zu bestehen. Wirtschaftliche Unterneh-

men sind von ihren materiellen Möglichkeiten her gesehen meist befähigt, auch die Kunst zu unterstützen. Dies kann aber nur erfolgreich geschehen, wenn künstlerischer Sachverstand die Auswahl der Kunstwerke begleitet und auf lautes Sponsoring mit unmittelbarem kommerziellem Nutzen verzichtet wird.

Zukunftsorientiertes Mäzenatentum darf nicht durch materialistische Geisteshaltung, überspitztes Demokratieverständnis und banausenhafte Unkenntnis geprägt sein. Diese negativen Faktoren belasten das künstlerische Umfeld und tragen mit dazu bei, dass der Graben zwischen Künstler und Publikum vertieft wird. Er kann dort überbrückt werden, wo starke Einzelpersönlichkeiten mit sensiblem Kunstverstand und materiellen Ressourcen als Gönner auftreten. Hoffentlich wirken in Zukunft noch mehr bedeutende Kulturförderer in diesem Geiste, um eine aktive und fruchtbare Rolle im Spannungsfeld Künstler und Umwelt zu spielen. Wir müssen nur Verständnis dafür aufbringen, dass echte Mäzene im Sinne des französischen Bankiers Jacques Coeur handeln, der 1427 Berater des französischen Königs Charles VII. wurde und nach der Devise lebte: *«Dire, faire et puis taire.»*

Ernst Mühlemann

Brief aus Islamabad

Pakistans Herausforderungen –
Neue innen- und aussenpolitische Unwägbarkeiten

Pakistan, 1947 bei der Teilung des Indischen Subkontinents von Mohammad Ali Jinnah als künstliches Gebilde aus westlichen und östlichen Grenzprovinzen des ehemaligen britischen Kolonialreiches in Indien geschaffen, umfasst heute ein Territorium von rund 803 000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von über 90 Millionen. Es untergliedert sich politisch in vier Provinzen, von denen die grösste, der Pandschab, fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes beherbergt.

Pakistan grenzt an Iran, Afghanistan, China und Indien, wobei die Grenze in Kaschmir seit der Teilung des Subkontinents umstritten ist und wiederholt zu Friktionen und Kriegen zwischen den beiden Nachbarn Anlass gab und noch immer gibt. Seit. 1971 besteht Bangladesh als unabhängiger Staat; die ehemalige Provinz Ost-Pakistan hatte sich nach einem blutigen Bürgerkrieg und mit indischer Hilfe vom dominierenden Westteil Pakistans abgelöst.

Von den 38 Jahren seit Erlangung der Unabhängigkeit ist Pakistan während 22 Jahren von Militärs regiert worden. Staatsgründer Jinnah starb noch vor dem ersten Jahrestag seiner Schöpfung. Der erste Premierminister, Liaquat Ali Khan, wurde 1951 ermordet, und 1979 wurde der im Juli 1977 durch einen Putsch abgesetzte Premierminister Zulfikar Ali Bhutto auf Geheiss der Militärregierung von Ge-

neral Mohammad Zia ul-Haq im Gefängnis hingerichtet.

Schweres Erbe

Diese wenigen geographischen und politischen Fakten muss stets bedenken, wer aktuelle Entwicklungen in und um Pakistan verstehen will. Die drei bedeutendsten Herausforderungen, mit denen sich Pakistan seit seiner Gründung konfrontiert sieht, lassen sich mit der Zerbrechlichkeit seines Zusammenhalts, der Gefährdung seiner Grenzen und dem Versagen der zivilen politischen Elite umreissen. Die Schlüsselfaktoren, seien es ausländische Mächte oder politische und militärische Führer, mögen ihr Gesicht ändern, bleiben jedoch in ihrer Substanz unverändert.

Im Gespräch mit jungen Pakistanern taucht immer wieder die selbstkritische Frage auf, weshalb es in Pakistan, anders als im benachbarten Indien, nicht gelungen sei, die Demokratie solide zu verankern, weshalb Pakistan, anders als Indien, stets unter der Drohung militärischen Machtmissbrauchs zu leben habe. Die Frage rechtfertigt sich nicht nur aus der Tatsache, dass Nordinder und Pakistaner ethnisch verwandt sind und über Jahrhunderte, ja Jahrtausende hinweg eine gemeinsame Geschichte haben, sondern auch daraus, dass in beiden Ländern Armee, Verwaltung, Gerichtswesen und politische Elite bisher über einen ähnlichen, von britischen Traditionen geprägten Hintergrund verfügen. Entwicklungen wie die Durchführung von freien und fairen Wahlen im krisengeschüttelten indischen Teil des Pandschabs geben solchen Fragen noch zusätzlich Auftrieb, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Weigerung Präsident Zias, die politische Krise im eigenen Land auf dem Wege von allgemeinen, allen politischen Parteien offenen Wahlen zu lösen.

Die Erklärungen sind zahlreich und variieren je nach dem politischen Standort des Beobachters. Dabei sind die Verhältnisse wesentlich komplexer, als jene bereit sind zu sehen, die den Machtkampf in Pakistan, insbesondere seit der Hinrichtung Bhuttos, nur als eine Auseinandersetzung zwischen brutalen, machthungrigen Generälen und demokratischen Idealen verpflichteten Zivilpolitikern verstehen wollen.

«Lateinamerikanische» Bewertungskriterien sind für Pakistan in jedem Fall fehl am Platz, dazu ist das Land nicht nur zu vielgestaltig, sondern dazu ist auch seine jahrtausendealte politische Zivilisation viel zu komplex. Pakistan selbst mag jünger sein als manches andere Land der «Dritten Welt». Doch betrifft dieses Alter nur die nationalstaatliche Existenz des von Jinnah geschaffenen Gebildes, nicht jedoch die Kultur und Zivilisation, auf der dieses aufgebaut worden ist.

Zur Erläuterung des schweren Erbes, mit dem Pakistans jetzige und künftige Führung zu leben hat, seien drei Faktoren herausgegriffen: den Staat im engeren Sinne (body politic); die Minderheitenfrage; die Aussen- und Verteidigungspolitik.

Nationalstaat mit Geburtsfehler

Als vor hundert Jahren in Bombay der Indian National Congress als zunächst noch dem British Empire treue Vereinigung zur Vertretung indischer Interessen gegründet wurde, gehörten Ideen einer im neuzeitlich-europäi-

schen Sinne verstandenen nationalstaatlichen Einheit Indiens ins Reich der Träume. Vor allem auch unter dem Eindruck des Unabhängigkeitskampfes und der unter beispiellosem Blutvergiessen herbeigeführten Teilung des Subkontinents hat die zeitgenössische Geschichtsschreibung sich allzu sehr auf das dämonische Spiel des britischen «divide et impera» mit der darausfolgenden Geburt Pakistans konzentriert und unterlassen, die wesentlich bedeutenderen Einigungsbemühungen, nicht zuletzt auch auf solidem britischem Kolonialmanagement in Indien aufbauend, zu würdigen. Ein Blick auf die Karte Indiens im Jahre 1885 hätte in der Tat ein wesentlich buntscheckigeres Bild erwarten lassen, als es heute selbst nach der Sezession Bangladeshs besteht.

In der frühen Phase der Kongresspartei deutete nichts auf die Entwicklung einer nach religiösen Kriterien getrennten politischen Bewegung hin, wie sie später in der Form der Muslim-Liga ins Leben gerufen wurde. Ein Blick auf die Liste der ersten Funktionsträger der Kongresspartei enthüllt in ethnischer, religiöser und sprachlicher Hinsicht dieselbe reiche Vielfalt, wie sie die Indische Union prägt. Das wichtigste Erbe, das der Kongress auch über die Teilungswirren und die später folgenden innerparteilichen Streitereien und Absplitterungen hinwegrettete und das mit der politischen Linie der Nehrus untrennbar verknüpft ist, ist der nationale und säkulare Charakter der Partei. Insbesondere in Nordindien verfügt der Kongress unter den Muslimen über eine solide Stammwählerschaft. Selbst als ein Teil der Muslime ihre eigenen politischen Wege ging, und später Jinnah die Forderung nach einem eigenen Staat, Pakistan, mit beispielloser Eloquenz und ausserordentlichem Verhandlungsgeschick vertrat, wäre eine Wahrung der nationalen Einheit Indiens noch möglich gewesen. Zweifellos fehlte es auf seiten der Briten, deren Hauptziel der ehrenhafte Abzug aus Indien war, am Willen, eine politische Kraftanstrengung zur Wahrung dieser Einheit vorzunehmen. Als der letzte Vizekönig, Lord Mountbatten, in Indien eintraf, war es bereits zu spät, das Steuer noch herumzuwerfen. Jinnah selbst, bereits ein vom nahen Tod gezeichneter Mann, war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in absoluter Kontrolle über die von ihm geführte Bewegung für ein unabhängiges Pakistan. Mächtige wirtschaftliche Interessen, nicht zuletzt von reichen muslimischen Bankiers- und Industriellenfamilien in Bombay und Gujarat, standen hinter der Schaffung des neuen Staatsgebildes.

Anderseits darf auch nicht vergessen werden, dass von Nehru nicht alle Möglichkeiten eines politischen Kompromisses mit Jinnah genutzt wurden, wobei politisches Kalkül wie auch Eigensinn und Eitelkeit eine Rolle spielten. Der liberale Altpolitiker Minoo Masani, damals ein Kampfgefährte Nehrus, erinnert sich, dass dieser sich der Idee einer bewussten Übervertretung der Muslime im künftigen Parlament und in der Regierung entschlossen widersetzte. In diesem entscheidenden Augenblick fehlte es ihm an staatsmännischer Grösse.

Selbstzweifel und Abgrenzung

Inzwischen ist sowohl in Pakistan als auch in Indien eine neue Führungs-

generation herangewachsen, welche die Teilungswirren nur aus den Geschichtsbüchern kennt und die nicht mit eigenen Augen Zeuge einer der grössten Flüchtlingstragödien der Weltgeschichte gewesen war. Die insbesondere im Norden und dort im zweigeteilten Pandschab weitverbreitete Bitterkeit beginnt einer pragmatischeren Haltung zu weichen. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass sowohl in Pakistan als auch in Indien jene Landesteile ein sowohl politisch als auch wirtschaftlich entscheidendes Gewicht besitzen, die vom Bevölkerungsaustausch von 1947 am schwersten betroffen worden waren. Noch ist das gegenseitige Misstrauen, stimuliert auch durch auswärtige Einflussnahme – sowjetische Besetzung Afghanistans und amerikanische Aufrüstung Pakistans –, nicht beseitigt, doch ist, wie auch die Bemühungen um die Stimulierung regionaler Zusammenarbeit im Rahmen von SARC (South Asian Regional Cooperation) beweisen, der Wille zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen vorhanden.

Diese Hinwendung zum nachbarschaftlichen «Alltag» ist für Pakistan offensichtlich schwerer zu vollziehen als für Indien. Dies ist zum einen eine Folge des Ausganges der drei kriegerischen Konflikte, insbesondere des Waffenganges von 1971, der zur Sezession Ost-Pakistans führte, zum andern ein Ergebnis von Pakistans nationalem Selbstverständnis.

Der Abzug der europäischen Kolonialmächte aus Afrika und Asien nach dem Zweiten Weltkrieg hinterliess im wesentlichen zwei Kategorien von Staaten. Auf der einen Seite bildeten sich Staaten, die auf eine einheitliche, alte Kultur und Zivilisation zurückgreifen konnten, die vor dem Eintreffen der Kolonialmächte bestanden hatte und die ihnen selbst im Rahmen eines modernen, europäisch geprägten Nationenverständnisses ausreichend Selbstvertrauen verschaffte. Indien, Indonesien, Laos oder Sri Lanka sind treffende Beispiele dafür. Anderseits hinterliessen die Kolonialmächte staatliche Gebilde von höchst fragiler nationaler «Einheit». Dieser Kategorie gehören die meisten der jungen afrikanischen Staaten an.

Während aber ein Staat wie Togo oder Gabon in einem allgemeinen Umfeld der künstlichen Grenzen und der grenzüberschreitenden Stammesverbände besteht, findet sich Pakistan umgeben von Staaten, die eine jahrhunderte-, gar jahrtausendealte Identität besitzen. Afghanistan und Iran wurden nie von den europäischen Kolonialmächten unterworfen, und in Indien vermochte deren zeitlich flüchtige Präsenz die kulturelle und zivilisatorische Verbindung zum in mythologische Zeiten zurückreichenden Bharat nie aufzubrechen. Tatsächlich hätte jedes der grösseren Fürstentümer, das bei Beendigung der britischen Kolonialherrschaft erst noch in den neuen Staatsverband der Indischen Union integriert werden musste, für sich selbst eine natürlichere staatliche Einheit gebildet, als es die künstliche Zusammenfassung der Nordwestprovinz, Belutschistans, Sindhs, des Westpandschabs und Ostbengalens zum Staat Pakistan je sein konnte.

Unser kurzlebiges Zeitalter pflegt historisch gewachsene Gemeinsamkeiten und Schicksalsgemeinschaften dem technokratischen Zugang zu Problemlösungen unterzuordnen. Diese Hal-

tung dominiert in den Vereinigten Staaten und seit dem Zweiten Weltkrieg auch in Europa. In der Tat scheint der Erfolg der Europäischen Gemeinschaft und die heute weitgehend als selbstverständlich hingenommene Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland die Meinung jener zu bestärken, die Grenzen nurmehr als technische Hindernisse zu sehen pflegen. Anders liegen die Sachverhalte in der «Dritten Welt», insbesondere in Asien.

Eine Reise von Kleinasien nach Südasien lässt die historisch-zivilisatorischen Einschnitte eindrücklich hervortreten. Südasien beginnt in Pakistan, der Übergang von Persien über Belutschistan – nicht ohne Grund ein Streitgebiet zwischen Iran und Pakistan – nach dem unzweifelhaft südasiatischen Sindh könnte eindrucksvoller nicht sein. Der Übergang an der östlichen Begrenzung Südasiens lässt die innere Problematik dieser Region deutlich werden. Die zivilisatorisch-historischen Grenzen zwischen Ostindien und Bangladesh auf der einen und Burma auf der andern Seite sind wesentlich verschwommener, als dies im Westen zwischen Sindh und Iran der Fall ist. Die Definition der Grenze ist hier nicht mit dem Begriff Südasien, sondern mit den Begriffen der indisch-hinduistischen Zivilisation und Lebenshaltung zu vollziehen. Darin spiegelt sich die kulturelle und zivilisatorische Dominanz Indiens in Südasien wider. Seinem Verständnis nach ist der Pakistaner als Südasiate eben gleichzeitig auch Inder. Wegen der belasteten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn kann jedoch diese «geophysische» Beschreibung nicht so problemlos akzeptiert werden, wie dies beim skandinavischen Selbstverständnis von Schweden und Norwegen beispielsweise der Fall ist.

Zentrifugale Kräfte

Vor diesem Hintergrund erhalten die Islamisierungsbemühungen von Präsident Zia ul-Haq eine neue Dimension. Es geht nicht mehr allein darum, sich vom Hinduismus abzugrenzen, sondern über den Islam auch eine neue Orientierung Pakistans Richtung Westen, Richtung arabische Welt, zu verwirklichen. Insbesondere der wirtschaftliche Aufschwung in den Golfstaaten, in denen zahlreiche Pakistaner – teilweise auch als Söldner – Arbeit gefunden haben und aus denen beträchtlicher Reichtum nach Pakistan geflossen ist, hat diesen Prozess noch beschleunigt. Dies kommt auch äusserlich zum Vorschein, indem, anders als vor zehn Jahren, heute eine Fahrt durch die moderneren Viertel Karachis und Lahores oder durch die neue Hauptstadt Islamabad das Gefühl, sich in einer mittelöstlichen und nicht subkontinentalen Stadt zu befinden, bestärkt. Hinzu kommt, dass der Krieg zwischen dem Iran und Irak das Interesse an und das Bewusstsein über die Existenz Pakistans in manchen arabischen Kapitalen wesentlich gefördert hat.

Die Zuwendung Pakistans zu Westasien und die damit einhergehende Distanzierung von Südasien, insbesondere Indien, ist auch ein Instrument zur Bekämpfung der traditionell starken zentrifugalen Kräfte in den Randregionen Pakistans. Bevölkerung, Wirtschaftsmacht und der Einfluss in Politik, Armee und Verwaltung sind unter

den vier Provinzen recht einseitig verteilt. In allem ist das Übergewicht des Pandschabs sehr stark ausgeprägt. Nicht zuletzt auch innerhalb des parteipolitischen Spektrums spielen regionale Loyalitäten und ein starkes Ressentiment gegen die dominierende Stellung des Pandschabs eine wichtige Rolle. Dass die Gegnerschaft gegen Zias kontrollierte «Demokratie», zusammengefasst vor allem im Movement for the Restoration of Democracy (MRD), diese Differenzen zu überspielen vermochte, hat sich inzwischen als Illusion erwiesen. Selbst Vertreter der Pakistan People's Party (PPP) haben sich regionalpolitisch ausgerichteten Bewegungen angeschlossen, und es ist kein Geheimnis, dass einzelne regionale Oppositionsparteien in Erinnerung an Bhuttos letzte Amtsjahre eine Alleinherrschaft der PPP ebenso fürchten wie das Kriegsrechtsregime.

Paradox muss auch anmuten, dass zwar die Stossrichtung der pakistanischen Abgrenzung gegen Indien verläuft, dass jedoch keine wesentliche zentrifugale Kraft zu diesem Nachbarn tendiert. Weder Sindhis noch Pandschabis, die in Indien ethnisch eng verwandte Volksgruppen haben, streben eine Vereinigung mit diesen an. Dazu sind die religiösen und – vor allem im Falle des Pandschabs – ökonomischen Interessen viel zu unterschiedlich gelagert. Die grenzüberschreitenden ethnischen Bedrohungen für den nationalen Zusammenhalt Pakistans kommen vielmehr aus den islamischen Nachbarn Afghanistan und Iran. Im letzteren Falle ist derzeit die Kontroverse um die Zugehörigkeit der Belutschis wegen des iranisch-irakischen Kriegs in den Hintergrund getreten, doch darf das stark entwickelte Regionalbewusstsein der Belutschis und deren traditionelles Misstrauen gegenüber der Regierung in Islamabad nicht unterschätzt werden. Vordringlicher ist indessen die Bedrohung in der an Afghanistan grenzenden North-West Frontier Provinz. Schon zu Zeiten der Briten war dieses Gebiet nur schwer zu kontrollieren. In den letzten Jahren hat sich zudem wegen der massiven Zuwanderung von Flüchtlingen aus Afghanistan der Anteil der auf Unabhängigkeit bedachten Pathanen in diesem strategisch wichtigen Grenzgebiet noch beträchtlich erhöht. Die Hauptstadt der Region, Peshawar, ist zu einem eigentlichen Zentrum der von der Regierung in Kabul auch mit sowjetischer Hilfe nicht völlig zu unterdrückenden südafghanischen Bevölkerung geworden, mit allen sozialen, politischen und ökonomischen Folgen, die solche Entwicklungen in einem nach wie vor fragilen Staatsgebilde bewirken können.

Geopolitische Interessen

Bei einem Staat, der seine Landgrenzen mit Staaten teilt, die entweder aus seiner Sicht feindliche Absichten hegen oder die von Unrast heimgesucht werden, haben interne Minderheitenprobleme stets auch eine aussenpolitische Dimension. Es ist deshalb naheliegend, aus den erwähnten zentrifugalen Tendenzen auf potentielle aussenpolitische Verwicklungen zu schliessen. Als Indira Gandhi während der MRD-Kampagne im Herbst 1983 zugunsten der demokratischen Kräfte in Pakistan Stellung nahm, wurde vor allem ihr Eintreten für inhaftierte

Regionalpolitiker als Einmischung in innerpakistanische Angelegenheiten empfunden. Auch mit Blick auf Islamabads offene Sympathie für die Sache extremistischer Sikhs im Pandschab war unverkennbar, dass Indira Gandhis Vorstoss weniger mit humanitären Überlegungen denn mit regionalpolitischen Absichten zu tun hatte.

Seit dem Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan besitzt Pakistan auch in westlichen geostrategischen Überlegungen einen hohen Stellenwert. Ganz abgesehen davon, dass sich nur ein kleiner Teil der Öffentlichkeit in Westeuropa und Nordamerika mit dem Geschehen im fernen Südasien beschäftigt, herrscht auch bei jenen, die über einen gewissen Informationsstand verfügen, kaum Klarheit über die strategischen Implikationen der sowjetischen Präsenz in Afghanistan und die daraus folgende Bedeutung Pakistans in Südasien. Zunächst gilt es einige politische Fakten in Erinnerung zu rufen, die von manchen unterbewertet oder gar unterschlagen werden. Die Sowjetunion wird nach menschlichem Ermessen Afghanistan nicht mehr verlassen. Dies ist nicht so sehr eine Konsequenz der bereits erbrachten militärischen Opfer oder der deutlich reduzierten Widerstandskraft der afghanischen Freiheitskämpfer. Es ist vielmehr die simple Folge daraus, dass es für die UdSSR keinen Grund gibt, sich aus Afghanistan zurückzuziehen. Die Möglichkeiten zur Perpetuierung der Sowjetpräsenz in Afghanistan sind zahlreich. Sie reichen von einer Fortsetzung des jetzigen Zustands, der für Moskau weder auf der politischen noch der militärischen Ebene zu grosse Kosten verursacht, über ein formales internationales Abkommen, das mit einer starken dauernden Präsenz sowjetischer «Berater» verbunden ist, bis zur teilweisen Absorption Afghanistans im eigenen Staatsverband.

Es ist vor allem die letztere Variante, die den Strategen in Pakistan Sorgen bereitet. Oft ist die Vermutung zu hören – und sie wird gelegentlich mit der «Flüchtlingspolitik» des sowjetischen Statthalterregimes in Kabul untermauert –, dass die UdSSR langfristig bestrebt sei, die direkt an ihren Grenzen befindlichen Gebiete Afghanistans voll in die Union zu integrieren, nicht zuletzt deshalb, weil die Völkerschaften beidseits der Grenzen ethnisch eng verwandt sind. Das südliche Afghanistan, an Pakistan grenzend, würde in diesem Fall in einen Pufferstaat umgewandelt, dem aufgrund der durch die Zuwanderung aus Afghanistan erfolgten Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den nordwestlichen Grenzregionen Pakistans in der weiteren Zukunft sich auch diese heute pakistanischen Gebiete anschliessen könnten. In dieser Entwicklung wäre der nächste logische Schritt zunächst die Neutralisierung und schliesslich die Auflösung Pakistans als eigenständiges Staatsgebilde.

Die aktuelle Lage auf dem Subkontinent scheint insbesondere dem fernen Beobachter ein solches Szenario ins Reich der grundlosen Spekulationen zu verweisen. Auch wird darauf verwiesen, dass kein Staat in der Region, selbst Indien nicht, das sich nach wie vor weigert, sich jenen anzuschliessen, die die Sowjetpräsenz in Afghanistan verurteilen, ein Interesse an einer endgültigen Schwächung oder gar an einem Zerfall Pakistans ein Interesse haben kann. Dazu sei die Stellung der

Sowjetunion als auswärtige Macht in Südasien schon heute viel zu stark. Anderseits ist nicht zu übersehen, dass seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan der aussenpolitische Bewegungsspielraum Pakistans sich entscheidend verengt hat. Als Beweis für diese Behauptung lässt sich der iranisch-irakische Krieg anführen.

Sowohl in geopolitischer wie auch ökonomischer Hinsicht liegen Pakistans Interessen auf der Seite des Iraks. Hunderttausende von Pakistanern verdienen in den von einem expansionistischen Persien bedrohten Golfstaaten ihren Lebensunterhalt. Überweisungen und Kredite aus diesen gehören zu den wichtigsten Pfeilern der pakistanischen Wirtschaft. Hinzu kommt, dass Pakistan mit Blick auf Sezessionsbestrebungen in Belutschistan gegenüber Teheran traditionell von Misstrauen geleitet wird. Ferner kann sich der schiitische Fundamentalismus, der von Khomeinis Regime mit einem geradezu weltrevolutionären Eifer vertreten wird, als eine weitere Gefahr für den inneren Zusammenhalt Pakistans erweisen. Der von Präsident Zia betriebene Islamisierungskurs ist von den Schiiten in Pakistan von Anfang an kritisiert worden, und insbesondere in Karachi ist es bereits zu verschiedenen Zusammenstössen zwischen Sunnis und Schiiten gekommen. All dies lässt es als naheliegend erscheinen, dass Pakistan wie die Golfstaaten und wie die ihm nahestehenden Vereinigten Staaten am Überleben eines starken Irak und einer Eindämmung des iranischen Expansionismus gelegen sein muss.

Dennoch sah sich Pakistan auf dem Höhepunkt des Krieges, als eine definitive Entscheidung zugunsten Teherans durchaus im Bereich des Möglichen lag, ausserstande, durch zusätzlichen Druck an seiner Grenze zum Iran die irakische Front zu entlasten. Es wird dies auch in Zukunft, sollte sich die Lage erneut zu Ungunsten Iraks entwickeln, nicht tun können. Mit ihrer Präsenz in Afghanistan hat die Sowjetunion de facto bereits heute Pakistan als Machtfaktor in der Golfregion ausgeschaltet, mit allen Konsequenzen, die dies für die westlichen Interessen in dieser für die weltweite Energieversorgung wichtigen Region haben kann.

Demokratie als Herausforderung

Eine Beurteilung der politischen Zustände in Pakistan, eine gerechte Abschätzung des Ausmasses und der Grenzen politischer Freiräume sowie eine realistische Bewertung der demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten Pakistans bedürfen der Einsicht in die drei fundamentalen Bedingtheiten der Demokratie in diesem Lande. Als solche haben sich herausgestellt das problematische nationale Selbstverständnis, die ethnischen Herausforderungen an die nationalstaatliche Einheit sowie das geostrategische Umfeld. Die Errichtung und die Konsolidierung eines im westlichen Sinne freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats in Pakistan, in den Grundzügen dem im benachbarten Indien bestehenden ähnlich, hängt davon ab, ob die politische, gesellschaftliche und militärische Elite Pakistans diese drei Bedingtheiten als nationale Aufgabe begreift und nicht als Instrument für machtpolitische Auseinandersetzungen.

Das delikate nationale Selbstverständnis ist von zivilen wie militäri-

schen Führern zum Aufbau potemkinscher Dörfer, inhaltloser Fassaden nationaler Selbstüberschätzung missbraucht worden. Die Folgen daraus waren nicht nur verlustreiche Kriege mit Indien, sondern auch die Sezession Ost-Pakistans, dessen Elite es nicht tolerieren konnte, die gesamtpakistanische Regierung als ein Privileg der westlichen Provinzen verstanden zu sehen. Ferner haben die Parteipolitiker, sogar durch mehrjährige Perioden des Kriegsrechtsregimes nicht klug geworden, der Demokratie dauernden Schaden zugefügt, indem sie ethnische Zugehörigkeiten zum Parteiprogramm werden liessen. Ausser der PPP – und dort auch nur beschränkt – gibt es heute keine bedeutende, traditionelle Partei, die ein umfassendes Nationalverständnis besitzt. Im wesentlichen wird noch immer mit Stammesloyalitäten Politik gemacht. Schliesslich ist unverkennbar, dass Präsident Zia die äussere Bedrohung Pakistans und – vor allem gegenüber Washington – die Sowjetpräsenz in Afghanistan und die daraus resultierende Massenflucht von Afghanen nach Pakistan zur eigenen Machterhaltung genutzt hat, und zwar so ausgeprägt, dass die Aussen- und Flüchtlingspolitik zu den wesentlichen Kontroversen zwischen Zia ul-Haq und der PPP gehören.

Noch fehlt also ein demokratischer Grundkonsens über wesentliche Elemente der nationalstaatlichen Existenz Pakistans, ohne den die Gefahr nicht nur eines wiederholten Rückfalls in die Militärherrschaft, sondern auch einer weiteren Sezession von Minderheiten nicht zu beseitigen ist. Die Hoffnung der besonneneren Kritiker Zias richten sich denn auch darauf, dass der von diesem initiierte Prozess einer gesteuerten Rückkehr zur Demokratie genau diesem Ziel dient. Sicher steht fest, dass eine unvermittelte Rückkehr zur Parteienherrschaft – und dies kann realistischerweise nur eine von der PPP geführte Regierung sein – die in der pakistanischen Gesellschaft bestehenden und insbesondere seit Bhuttos Hinrichtung noch vertieften Gräben erneut öffnen würde. Während die Berufung Mohammad Junejos zum Premierminister und dessen seither befolgte Politik, zu Optimismus Anlass geben, sind andere Fakten, so etwa die Pressezensur und die Verletzung von Menschenrechten, weniger dazu geeignet, die vordringliche innenpolitische Entspannung zu fördern. Die nahe Zukunft ist eine schicksalhafte Zeit für das Überleben Pakistans in seiner derzeitigen Gestalt.

Urs Schöttli

Geschundenes Afghanistan

Die Menschenrechte sind in aller Mund. Tagtäglich wird über sie geredet oder geschrieben. Doch weltweit steht es schlecht um ihre Respektierung, weshalb die zahlreichen internationalen Menschenrechtsorganisationen nach neuen Mitteln und Wegen zu ihrer Verwirklichung suchen müssen. Ein schier hoffnungsloses Unterfangen! Dabei wird auch der totalitärste Staat

es nicht unterlassen, in seine Verfassung einen Paragraphen aufzunehmen, der den Bürgern die Grundrechte nicht nur zugesteht, sondern sich auch für ihre Gewährleistung verbürgt. Die gegenteilige Formulierung, «Menschenrechte sind nutzlos bzw. überflüssig und demzufolge in dieser Verfassung nicht enthalten», hat noch keiner gewagt. Die am 14. April 1980 als Interims-Verfassung verabschiedeten Grundprinzipien der Demokratischen Republik Afghanistan sichern ebenfalls jedem Bürger seine fundamentalen Rechte und Freiheiten zu.

Gleichwohl häufen sich in dem seit sechs Jahren dauernden afghanischen Konflikt die krassesten Menschenrechtsverletzungen in erschreckendem Masse. Angesichts der katastrophalen Lage der Zivilbevölkerung verlangte die Uno-Menschenrechtskommission Mitte März 1984 eine umfassende Bestandesaufnahme und betraute Felix Ermacora, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Wien, mit dieser Aufgabe. Am 19. Februar 1985 war der Bericht fertiggestellt und Ende Monat wurde er der Presse übergeben. Nachdem die 43 Länder zählende Uno-Menschenrechtskommission ihn analysiert und diskutiert hatte, brachten die westlichen Länder eine Entschliessung ein, in der an die afghanische Regierung appelliert wird, «die schweren und massiven Verletzungen der Menschenrechte und besonders die militärische Unterdrückung der afghanischen Zivilbevölkerung zu beenden». Die Resolution wurde mit 26 gegen 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen gutgeheissen und gleichzeitig Ermacoras Mandat als Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission für Afghanistan um ein Jahr verlängert. Kein Zweifel, die als sensationell empfundene Durchbrechung der «Ostblockblockade» der Afghanistan-Frage in der Uno wurde durch diesen Rapport herbeigeführt. Darin wurde nicht einfach angeklagt oder an den Pranger gestellt, sondern anhand kritisch gesammelter und gesichteter, umfangreicher Informationen eine sorgfältige, möglichst präzise und objektive Untersuchung der Verhältnisse in Afghanistan vorgenommen. Wichtigste Informanten waren zahlreiche Flüchtlinge aus 15 Provinzen, die Ermacora in Lagern und Spitälern der North-West Frontier Province und von Baluchistan interviewen konnte.

Erster Bericht über Menschenrechtsverletzungen

1. Der *Angriffskrieg* aus der Luft und zu Land wird von der afghanischen Armee gemeinsam mit «fremden Truppen» gegen die Widerstandskämpfer geführt. Tatsächlich richtet er sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung und vernichtet Menschenleben, Vieh, Hab und Gut, Felder und Bewässerungsanlagen. Eingesetzt werden neben den «üblichen» Bomben, Raketen usw. sogenannte anti-personnel mines (Schmetterlingsminen) sowie sogenannte booby-trap toys, deren Explosion fürchterliche Verstümmelungen hervorruft. Anwendung von C-Waffen und speziellen Brandbomben ist belegt. Etwa 500 000 Zivilpersonen, hauptsächlich Greise, Frauen und Kinder, sind seit 1980 umgekommen. Der Flüchtlingsstrom in die Nachbarstaaten hält in unvermindertem Masse an. In manchen Provinzen sind ganze Täler entvölkert. Obgleich exakte Zah-

len schwer beizubringen sind, dürften sich in Pakistan 3 Millionen, in Iran 1,5 Millionen afghanische Flüchtlinge befinden. Hinzu kommt die innere Emigration (displaced persons), indem die Landbevölkerung in die grösseren Städte flüchtet, um sich vor Bombardementen, Massakern usw. in Sicherheit zu bringen. Kabuls Einwohnerzahl ist von 913 000 im Jahre 1979 auf nahezu 2 Millionen angestiegen.

2. *Repressalien und Terror* betreffen gleichfalls vor allem Zivilisten. Vergewaltigungen von Frauen, oft in Gegenwart ihrer Angehörigen, sind an der Tagesordnung. Kinder werden verschleppt und zwecks Erziehung zu guten Bürgern, lies Kommunisten, auf Jahre hinaus in die Sowjetunion gebracht. Die untere Altersgrenze bei Zwangsrekrutierungen beträgt 15 Jahre. Geiselnahme zur Erpressung von Geständnissen usw. ist weitverbreitet. Als solche durch den Roten Halbmond oder das Rote Kreuz gekennzeichnete Lazarette und Ambulanzen werden gezielt angegriffen und zerstört.

3. Mujahedin, die sich in der Gewalt der afghanischen oder «fremden» Truppen befinden, werden *nicht als Kriegsgefangene* behandelt. Das Argument ist immer dasselbe: es handle sich bei ihnen nicht um reguläre Soldaten, sondern um Terroristen, Banditen usw., denen kein Recht auf Leben zusteht. Der summarischen Erschiessung, Erhängung usw. geht oft ein Verhör voraus, bei dem Folter systematisch gebraucht wird. Neun gängige Praktiken werden beschrieben. Politische Häftlinge, deren Zahl auf 50 000 geschätzt wird, erwartet das gleiche Schicksal. Ein hoher Prozentsatz verschwindet früher oder später spurlos. Eine legale Justiz existiert nur auf dem Papier. Zuständig ist letztlich der Revolutionsrat als höchste Instanz. Ausführendes Organ ist meist die Sicherheits- oder Geheimpolizei (Khad). Verhaftung und Strafvollzug erfolgen willkürlich, regelrechte Anklage und faires Gerichtsverfahren bilden die Ausnahme.

4. Abgesehen vom Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit sind auch die *übrigen Grundrechte* nicht gewährleistet. Das Recht auf Selbstbestimmung wurde von vielen Flüchtlingen spontan zur Sprache gebracht. Sie äusserten den Wunsch, in ihre Heimat zurückzukehren und deren politische Zukunft mitbestimmen zu können. Zu diesem Zwecke empfahlen sie die Einberufung einer nationalen *«loya-jirgah»*, des traditionellen Forums, auf dem normalerweise von Vertretern aller Stammes- und Volksgruppen innenpolitisch-konstitutionelle, ökonomische und soziale Probleme oder Streitigkeiten diskutiert bzw. ausgetragen werden. Sie würde also die Voraussetzung zur Wiederherstellung der nationalen Versöhnung bilden. Der vollständige Abzug der Sowjets wäre allerdings die Vorbedingung für ihre Abhaltung.

Der Lebensstandard hat im Panjshirtal und Umgebung, in Badakhshan und im westlichen Hazarajat merklich abgenommen. Aufgabe oder Zerstörung von Acker- und Weideland, fortgesetzte äussere und innere Emigration sowie enorme Preissteigerungen haben in diesen Regionen zu einer prekären Ernährungslage geführt. Von Mangel- und Unterernährung sind vor allem Kinder bedroht, deren Mortalität an gewissen Orten während des Winters 85 Prozent erreicht haben soll.

5. Bei der Besprechung der *legalen Aspekte der sowjetischen Intervention* geht Ermacora auf die Frage nach ihrer genauen Natur ein: handelt es sich um einen Bürgerkrieg, um einen internationalen Konflikt oder aber um einen «internationalized non-international armed conflict»? Auch wenn er die letzte Version bevorzugt, ist er selbstverständlich ehrlich genug, um zu antworten: «ich weiss es nicht». Die Beurteilung wird dadurch erschwert, dass weder die UdSSR noch Afghanistan die Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen (1977) ratifiziert haben. Dabei handelt es sich nicht um formaljuristische Haarspalterei, wie man prima vista glauben könnte, sondern um ein praktisch relevantes Problem, dessen Unlösbarkeit den Sowjets die Durchführung ihrer – missglückten – «Feuerwehrübung» wesentlich erleichterte.

Zweiter Bericht über Menschenrechtsverletzungen

Die Verlängerung von Ermacoras Mandat brachte es mit sich, dass der Sonderberichterstatter eine weitere Mission durchführen konnte. Vom 25. Juli bis zum 10. August 1985 hielt er sich erneut in Pakistan auf. Im besonderen galt es, «die durch den Konflikt entstandenen Verluste an Leib, Leben und Vermögen» zu eruieren. Der Bericht war am 5. November abgeschlossen und wurde sowohl der Generalversammlung als auch der Menschenrechtskommission der Uno vorgelegt. Beide Gremien hiessen ihn mit grossem Mehr gut. In der Plenarversammlung wurde eine entsprechende Resolution mit 80 Stimmen gegen 22 bei 40 Enthaltungen verabschiedet. Die Sowjetunion hatte nichts unterlassen, um sie zu Fall zu bringen, und sparte nicht mit Verunglimpfungen an die Adresse Ermacoras. Dieser hatte seinen Bericht formal und inhaltlich in der gleichen Weise abgefasst wie den ersten. Wiederum zeichnet er sich durch Umsicht, Präzision, grösstmögliche Vollständigkeit und eindeutige Stellungnahme aus. Hier wird nicht leisegetreten, aber auch nicht unnötig gepoltert. Generell wird festgestellt, dass sich die Lage der Menschenrechte in Afghanistan seit der ersten Mission im Dezember 1984 weiter verschlechtert hat. Die hauptsächlichen Belege seien knapp resümiert:

1. Die schwersten *Angriffe* auf die Zivilbevölkerung werden unter genauen Angaben bezüglich Ort, Datum und Zahl der Opfer zusammengestellt. Innert neun Monaten wurden 74 Dörfer und 1834 Häuser zerstört sowie 32 755 Menschen und 3308 Haustiere getötet. Auf die Verwendung von Waffen mit stets grösserem Zerstörungspotential einerseits, von «anti-personnel mines» und «booby-trap toys» anderseits kommt der Autor nochmals und ausführlich zu sprechen. Zudem versuchte er sich ein Bild von der Zahl der Verletzten zu machen. Die Statistiken der verschiedenen Spitäler für Afghanen in Peshawar und Quetta standen ihm zur Verfügung. Die besonders prekäre Situation während der Schlacht um Khost im August/September letzten Jahres wird speziell erwähnt. Äusserer und innerer Exodus dauern an. Die möglichen Ursachen des letzteren werden dargelegt.

2. *Repressalien und Terror* richten sich nach wie vor gegen wehrlose Zivilisten. So wurden 12 Dörfer im

Qarghaj-Distrikt der Provinz Laghman als Repressalie zerstört. Etwa 1000 Menschen kamen um, Frauen wurden vergewaltigt und einzelne von ihnen erschossen, Kinder sperrte man in Häuser und zündete diese an, Gebäude inkl. Moscheen wurden geplündert und verbrannt, der Viehbestand ausgelöscht. Von den zahlreichen Massakern wird dasjenige im Distrikt Khanabad der Provinz Kunduz hervorgehoben. Während einer mehrere Tage dauernden Operation wurden in vier Dörfern 700 bis 1200 Menschen auf bestialische Weise umgebracht. Ich selbst bin Überlebenden auf der Flucht nach Pakistan begegnet. Die Augenzeugenberichte sind glaubwürdig und decken sich mit Ermacoras Ausführungen.

3. Auf beiden Seiten hat sich die Lage der *Kriegsgefangenen* nicht gebessert. Ermacora stellt resigniert fest, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien die Genfer Konventionen missachten. Er hält ausdrücklich daran fest, dass Artikel 3 für sie verbindlich ist trotz der erwähnten, vom internationalen Recht her gesehen komplexen Situation. Anfangs Februar 1985 hat die afghanische Regierung die internationale Konvention gegen die Folter unterzeichnet. Ihr Vertreter in der Uno-Menschenrechtskommission unterstrich zudem, dass Anwendung von Folter gemäss afghanischem Strafgesetz mit 5 bis 10 Jahren Gefängnis bestraft würde. Wenn dem so wäre, müssten in Pul-e Charkhi ebensoviele Häscher wie Regimegegner inhaftiert sein.

4. Bei der Besprechung der *übrigen Grundrechte* wird auf die völlig ungenügende ärztliche Versorgung der Bevölkerung hingewiesen. Zusammen mit der kritischen Ernährungslage ist sie für die stetig steigende Kindersterblichkeit verantwortlich. Traditionelle Erziehung und Schulung werden in den vom Widerstand kontrollierten Gebieten auf elementarer Stufe aufrechterhalten, soweit Lehrkräfte und Infrastruktur noch vorhanden sind. Die kommunistische Regierung verfolgt seit 1980 im Erziehungs- und Schulwesen eindeutig politische Ziele: anstelle der traditionellen Schulung ideologische Indoktrination; linguistische Fragmentierung durch Bevorzugung der Minderheitensprachen gegenüber Pashto; Einführung des Russischen als obligatorische Zweitsprache.

5. In diesem Zusammenhang werden auch *Agrarreform und Alphabetisierungskampagne* des Kabuler Regimes eingehend diskutiert. Bekanntlich waren sie wesentliche auslösende Momente beim Volksaufstand 1978/79. Nicht dass die Bevölkerung von vornherein jeglicher Reform feindlich gegenübergestanden wäre, doch die Art und Weise, wie die Funktionäre sie ihr aufzuzwingen versuchten, war unannehmbar.

Michael Barrys Beitrag

Ursprünglich beabsichtigte Ermacora, seine Ermittlungen in Afghanistan durchzuführen. Zweimal bat er die Regierung in Kabul um Einreiseerlaubnis und um ihre Mitarbeit, beide Male erfolgte keine Antwort. Um dem zweiten, für die Generalversammlung der Uno bestimmten Bericht noch mehr Gewicht zu verleihen, wurde Michael Barry angefragt, ob er eine ergänzende Untersuchung im Landesinnern vornehmen würde. Für diesen heiklen Auftrag konnte kein Besserer gewonnen werden: er ist Orientalist, spricht

arabisch, persisch und pashto, kennt Land und Menschen so gut wie Kultur und Religion, weilte öfters längere Zeit in Afghanistan, hat über den afghanischen Widerstand eines der besten Bücher geschrieben (Le royaume de l'insolence, Paris 1984) und ist seit 1980 als Beobachter der internationalen Föderation für Menschenrechte mit Sitz in Paris tätig. Da ich zeitweise an der dreiwöchigen Mission indirekt beteiligt war, stellte mir Barry das gesammelte Material zur Verfügung. Der Originalrapport, über den der Spezialberichterstatter am 2. Dezember in New York verfügte, ist in der Dezembernummer der *Central Asian Review* erschienen.

Das vierköpfige Team führte Erhebungen in den Provinzen Paktya, Logar, Wardak und Ghazni durch und konzentrierte sich auf folgende Fragen:

1. *Ausmass der Entvölkerung.* Alle auf dem Wege durchquerten Dörfer in den vier genannten Provinzen wurden berücksichtigt. Letztere liegen unweit Kabul und waren vor dem Krieg relativ dicht besiedelt. Der Zensus bezweckte die Feststellung folgender Variablen: Einwohnerzahl von 1985 gegenüber 1978; Gründe und Zeitpunkt der Fluchtbewegung; Ursachen gewaltsamen Todes; landwirtschaftliche Produktion und Viehbestand von 1985 verglichen mit 1978. Methodologische Probleme (sampling usw.) werden eingangs gestreift. In der Regel, d. h. vor dem Kriege, bestand eine (Gross)Familie aus 10 Menschen, womit die Einwohnerzahl eines Dorfes (Häuser mal Familien) sich berechnen lässt. Unter den jetzigen Umständen musste man sich darauf beschränken, völlig verlassene Häuser solchen gegenüberzustellen, die noch bewohnt waren, und zwar unter Vernachlässigung genauer Zahlen. Von 1231 registrierten Haushaltungen waren 537 Häuser noch bewohnt, 694 (56,4 Prozent) standen leer. Die Entvölkerungsquote liegt also höher als der nationale Durchschnitt von einem Drittel der Bevölkerung. Sie findet ihre Erklärung in der Tatsache, dass Paktya, Logar und Ghazni seit Kriegsbeginn Schauplatz anhaltender, heftiger Kämpfe sind.

2. *Auswirkung des Konflikts und der Dürre auf die Landwirtschaft.* Die afghanische landwirtschaftliche Produktion beruht auf drei Quellen:

a) *Bewässerungsanbau* wird auf über zwei Dritteln der landwirtschaftlichen Nutzfläche betrieben und liefert zwei Ernten im Jahr. Trotz des trockenen letzten Winters führen oberflächliche Kanäle und unterirdische Stollen in vielen Gegenden genügend Wasser. In Paktya freilich, zum Beispiel in der fruchtbaren Zormatebene, zerfielen sie weitgehend wegen mangelnden Unterhaltes oder wurden von Regierungstruppen bei Repressalien zerstört.

b) Unter dem letztjährigen, schneearmen Winter hat der *Regenfeldbau* besonders zu leiden. Alarmierend ist die Lage in Wardak und Ghazni, wo Dürre seit drei Jahren herrscht. In dieser Zeit lagen die Felder weitgehend brach, so dass die Bauern wegen Futtermangels gezwungen sind, ihr Vieh zu schlachten. Heuer hat der Schneefall früh und ausgiebig eingesetzt, weshalb man hoffen kann, dass die befürchtete Hungerkatastrophe ausbleiben werde. Zerstörung von Getreide- und Maisspeichern wirken sich hier verheerend aus.

c) Weil *Viehhaltung und Viehzucht* eine zentrale Stellung einnehmen –

Grundnahrungsmittel, Ackerbau, Transport, Handel mit Wolle und Häuten – werden Schaf-, Ziegen- und Rinderherden, Kameltransportkarawanen usw. häufig aus der Luft unter Raketenbeschuss genommen und vernichtet. Sowohl Bauern als auch Nomaden erleiden dabei enorme finanzielle Schäden, falls sie derartige Angriffe überhaupt überleben. In den am stärksten von der Dürre betroffenen Gebieten Ghaznis ist die Kopfzahl auf 30 bis 10 Prozent zurückgegangen.

3. *Interviews von Flüchtlingen.* Auf der 700 km langen Strecke wurden während sechs Nächten 892 Flüchtlingen begegnet. Die meisten stammten aus afghanisch Turkestan. In Pakistan wurde zudem eine Gruppe von 197 Familien aus Baghlan angetroffen, die sich notdürftigst ausserhalb Peshawars niedergelassen hatte. Derartige Zahlen (1000 pro Woche aus einer Provinz oder einem Distrikt) weisen darauf hin, dass die Sowjets die Politik der verbrannten Erde systematisch betreiben. Die Zeugnisse stimmen in eindrücklicher Monotonie überein: Helikopterangriff – Umzingelung und Besetzung des Dorfes – Vernichtung der Ernte und Tötung des Viehs – entweder junge Männer, Jugendliche und Knaben umgebracht oder aber in erster Linie Greise, Frauen und Kleinkinder, wobei dann Adoleszenten zum Militär «eingezogen» werden – Überlebende ausgeplündert. Solche «Rache- und Strafaktionen» arten gelegentlich in blindwütige Schlächterei aus. Dazu gehören auch Profanierung und Verbrennung von Moscheen, Koranbüchern usw. Flüchtlingskarawanen sind ein besonders beliebtes Ziel für Schiessübungen. Die Attacken erfolgen tagsüber, aber auch nachts, und verursachen hohe Verluste an Mensch und Tier.

Parallel zur Flucht ins Ausland vollzieht sich eine innere Emigration. Davon am meisten betroffen ist derzeit das zentrale Bergland, der Hazarajat, das in den letzten Jahren von sowjetischen Angriffen weitgehend verschont geblieben ist, dafür aber um so mehr unter den Kämpfen zwischen den verschiedenen schiitischen Faktionen zu leiden hat. Als Gewinner aus diesem erbarmungslosen Brudermord ist die pro-iranische Partei (Nasr) hervorgegangen. Auf vermeintliche oder wirkliche Gegner – Anhänger der Shura zum Beispiel – werden regelrechte Hexenjagden inszeniert. Nasrs Greueltaten erfüllen die Überlebenden mit noch grösserem Schrecken, mit noch tieferer Abscheu als diejenigen der Sowjets, weil sie nicht etwa von Gottlosen, sondern von Muslimen begangen werden. Diese innere Zerfleischung kommt natürlich dem kommunistischen Regime sehr gelegen – der Hazarajat richtet sich gleichermassen selbst. Seit 1982 haben Hunderte von Hazaras in der Provinz Wardak Zuflucht gefunden und fristen dort ein kümmerliches Dasein – aber sie leben.

4. *Greueltaten der Sowjets.* Wer Augen hat zu sehen, wer Ohren hat zu hören, der hatte im Laufe dieses langjährigen Konfliktes zur Genüge Gelegenheit, sich ein Bild von seiner Grausamkeit zu machen. Es sei lediglich an den «Helsinki watch report – tears, blood and cries» (1984) erinnert. Die Scheusslichkeiten, über die Barry und Mitarbeiter unterrichtet wurden, nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als die Augenzeugen an Ort und Stelle aussagten, vom Erlebten noch sichtlich gezeichnet waren, und die Angaben

auf ihre Wahrhaftigkeit hin geprüft werden konnten. Die Wiedergabe von Einzelheiten verbietet sich. Entscheidend in diesem Zusammenhange ist die Tatsache, dass die von Ermacora gesammelten, vergleichbaren Zeugenaussagen ihre volle Bestätigung finden.

audiatur et altera pars ...

Ermacoras Rapporte sind evident unparteilich. Zu wichtigen oder strittigen Fragen werden Meinung oder Standpunkt der afghanischen Regierung in extenso wiedergegeben. Wo der Widerstand die Menschenrechte verletzt, wird dies deutlich gesagt. Allfällige Anstrengungen der Behörden, Schritte zur Verwirklichung gewisser Grundrechte zu machen – allgemeine Amnestie, Einberufung einer, allerdings nicht repräsentativen, loya jirgah – werden genannt.

Ermacoras Haltung gemäss sei auch die Stellungnahme des Kabuler Regimes zu Barrys Mission zitiert. Selbstverständlich konnte diese nicht geheimgehalten werden, das Netz der Kollaborateure ist im ganzen Lande zu engmaschig. Im November, einen Monat nach ihrem Abschluss, gab Kabul folgenden Kommentar ab: Bei Michael Barry handle es sich um einen CIA-Agenten, der schon mehrfach illegal nach Afghanistan eingereist sei. Bekannt geworden sei er durch seine dreckige TV-Show «soviet encroachment on Afghanistan» und durch das Lob, das ihm Reagan für seinen Kampf gegen den internationalen Terror erteilt habe. Ein Zwischenfall, an dem dieser CIA-Spion direkt beteiligt gewesen sei, wird folgendermassen geschildert: «An einem sonnigen Frühlingstag arbeiteten friedliche Bauern im Dorfe Yakhchal (Provinz Helmand) auf ihren Feldern ohne zu ahnen, welch grosse Gefahr ihnen drohte. Jedermann freute sich am Frühlingsbeginn. Das Glück währte freilich nicht lange, denn unversehens tauchte der Feind auf. Photoapparate wurden gezückt zum Zeichen des Angriffs. Die kriminellen Banditen verbrannten Mitglieder der Kooperativen und Verteidiger der Revolution. Sie stiessen Kinder von Hausdächern herunter, hängten sie an Bäumen auf und schnitten sie in Stücke. Schwangeren Frauen wurden die Bäuche aufgeschlitzt. Im ganzen fielen ihnen 100 Frauen und Kinder zum Opfer. Doch nicht genug damit! Diese entsetzlichen Verbrechen wurden gefilmt, und zusätzlich von den Überlebenden die Geständnisse erpresst, die Untaten seien von Soldaten der regulären Armee sowie des beschränkten sowjetischen Kontingents begangen worden. Damit wollten sie das Prestige der Demokratischen Republik Afghanistan und ihrer sowjetischen Freunde vor aller Welt besudeln.»

Über diese Diffamierung Michael Barrys durch das Kabuler Regime wird sich niemand wundern. Was allerdings an Verdrehungen und Lügen geboten wird, ist kaum zu überbieten. Die Beschuldigungen könnten Punkt für Punkt widerlegt werden, doch lohnt sich angesichts ihrer Absurdität der Aufwand nicht. Damit ist nicht gesagt, sie seien harmlos, denn sowohl Bevölkerung als auch Mujahedin hören diese Propaganda täglich am Radio und werden – teils unbewusst, teils bewusst – davon beeinflusst. Darin liegt eine Gefahr für die ohnehin zerbrechliche Solidarität der Widerstandsfront.

Fundamentalisten gegen Helfer

Uns Europäern, soweit wir uns um humanitäre Unterstützung der afghanischen Zivilbevölkerung bemühen, erwächst eine weitere Gefahr von seiten des muslimischen Lagers. Die Saudis (Wahhabiten!) haben die in ihren Augen längst fällige fundamentalistische Indoktrination der Mujahedin an die Hand genommen. Rabbani, der politische Leader der grössten Widerstandspartei Jamiat-e Islami, wurde von ihnen aufgefordert dafür zu sorgen, dass das heidnische Gesindel von französischen Ärzten das Land verlasse, denn es sei des Teufels. Ausgehandelt wurde dann eine «Einreisesperre» für die weiblichen Angehörigen jeglicher nicht-muslimischer Hilfsorganisation. Daraufhin zogen *Médecins sans frontières* ihre Equipen aus Afghanistan zurück – eine medizinische Tätigkeit ohne Ärztinnen und Krankenschwestern ist völlig undenkbar – und verurteilten den von Rabbani akzeptierten, faulen und sogar vom islamisch-theologischen Standpunkt aus anfechtbaren Kompromiss aufs schärfste. Vielleicht wäre es wirksamer gewesen, diesen Eiferern ihre Beschränktheit mit einem vom Propheten überlieferten Wort vor Augen zu führen: «Alle Menschen sind sich gleich, so gleich wie die Zähne eines Kamms. Nichtig ist der Anspruch, ein Araber sei vorzüglicher als ein Nicht-Araber, ein Weisser vorzüglicher als ein Schwarzer, der Mann vorzüglicher denn die Frau. Allein Gottesfurcht entscheidet über Gottes Gunst.»

Dieser Rausschmiss hatte zur Folge, dass die latente Krise, in der die humanitäre Hilfe für Afghanistan schon einige Zeit steckt, manifest wurde. Eine ihrer mannigfachen Ursachen ist die vom afghanischen Widerstand her sattsam bekannte Infektion mit dem «Spaltpilz», die in den letzten zwei Jahren bei den im Lande sowie ausserhalb für die Kriegsopfer engagierten europäischen und aussereuropäischen Gruppen immer häufiger nachgewiesen werden kann. Gewohntermassen profitieren davon allein die Drahtzieher, für die Helfen gar nicht das primäre Motiv darstellt. Vielmehr dient ihnen die Humanitas als Mittel zur Befriedigung ihres persönlichen Ehrgeizes oder zur Erreichung ihrer politischen Ziele. Zu Schaden kommen dabei jene, denen die humanitären Aktionen gelten. Ob die einander konkurrenzierenden Organisationen sich doch noch zu einem Schulterschluss aufraffen können? So erfüllt den Beobachter auch aus dieser Perspektive die Zukunft des geschundenen Landes mit grösster Sorge.

Christoph Bernoulli